



Rechtliche Unternehmensverantwortung – Vierteljährliches Update

Ausgabe 33, Dezember 2019

Willkommen zu unserem vierteljährlichen Update „Rechtliche Unternehmensverantwortung“. Jedes Quartal beleuchtet dieses Update ein Schwerpunktthema sowie neue Entwicklungen im Bereich der rechtlichen Unternehmensverantwortung. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt [“Corporate Legal Accountability”](#) objektiv und prägnant über Gerichtsverfahren gegen Unternehmen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Menschenrechte.

Dieses Update und vorherige Ausgaben finden Sie auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) auf unserer Webseite.

Vierteljährliches Schwerpunktthema: Die große Hoffnung auf verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten 2020

In den letzten Jahren ist das Momentum für verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten (Human Rights Due Diligence, HRDD) rasant gewachsen. Auf internationaler Ebene gibt es Bemühungen, verbindliche Regelungen zu Sorgfaltspflichten im Rahmen eines möglichen rechtsverbindlichen [UN-Abkommens über Wirtschaft und Menschenrechte](#) („UN Treaty“) voranzutreiben, und zunehmend verabschieden oder diskutieren Regierungen solche regulatorischen Maßnahmen auf nationaler und regionaler Ebene (siehe unser [Portal](#) und unsere [Blog-Serie](#)).

Die Zeit ist reif für diese Entwicklung: Evidenzbasierte Untersuchungen belegen eine anhaltend schwache Umsetzung von HRDD durch Unternehmen. Im [Corporate Human Rights Benchmark 2019](#) stand bei fast der Hälfte (49%) der bewerteten Unternehmen bei allen Sorgfaltspflichten-Indikatoren der Wert null zu Buche. Mit wenigen Ausnahmen kommen Analysen zu Unternehmen in Europa – darunter die 50 [finnischen](#), 22 [irischen](#) und 20 [deutschen](#) Top-Unternehmen – zu ähnlichen Ergebnissen. Angesichts des Scheiterns freiwilliger Maßnahmen sind Gesetze und Regulierungen zu verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten dringend erforderlich. Diese könnten wesentlich dazu beitragen, den Menschenrechtsschutz für die von Unternehmensaktivitäten negativ betroffenen Menschen auf der ganzen Welt zu verbessern, Opfern Zugang zu Gerechtigkeit zu sichern und Unternehmen bei Verstößen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Europäisches Momentum

Zwei Jahre nachdem Frankreich 2017 mit seinem Sorgfaltspflichtengesetz („Loi sur le devoir de vigilance“) Pionierarbeit geleistet hat, laufen in [einem Dutzend europäischer Länder](#) Diskussionen zu einer solchen Gesetzgebung. Vor kurzem hat ein von der norwegischen Regierung beauftragter Sachverständigenausschuss ein nationales Gesetz zu verbindlichen menschenrechtlichen Transparenz- und Sorgfaltspflichten ausgearbeitet, letztere nur für größere Unternehmen. Die Diskussion hat mittlerweile auch die regionale Ebene erreicht. Im Rahmen seines EU-Ratsvorsitzes hat Finnland sich verpflichtet, das Thema auf EU-Ebene voranzubringen, und eine [hochrangig besetzte EU-Konferenz zu Wirtschaft und Menschenrechten](#) mit Diskussionen zu HRDD-



Gesetzgebung abgehalten. Der regionale Prozess ist von entscheidender Bedeutung, da Rechtsvorschriften auf EU-Ebene dazu beitragen können, dass auf nationalen Entwicklungen aufgebaut wird und eine Harmonisierung stattfindet.

Die Entscheidung der deutschen Bundesregierung über die Einführung eines solchen Gesetzes auf nationaler Ebene wird ebenfalls für das nächste Jahr erwartet, abhängig von den Ergebnissen einer laufenden Untersuchung, wie deutsche Unternehmen ihren Sorgfaltspflichten nachkommen. Unser im vergangenen Monat veröffentlichter [Benchmark](#) der 20 größten deutschen Unternehmen ergab, dass keines von ihnen nachweisen konnte, dass es die grundlegenden Anforderungen aus den [UN Guiding Principles on Business and Human Rights](#) (UNGPs) vollständig erfüllt. Aktuelle [Erklärungen](#) von Arbeitsminister Hubertus Heil und Entwicklungsminister Gerd Müller deuten darauf hin, dass die ersten Ergebnisse der breiter angelegten Studie der Bundesregierung ähnlich ausgefallen sind. Tatsächlich haben die beiden Minister angekündigt, Eckpunkte eines Gesetzentwurfs zu erarbeiten, ein Gesetz ist mittlerweile also sehr wahrscheinlich. Mit der bevorstehenden deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 hat Deutschland die Möglichkeit, das Momentum auch auf EU-Ebene hochzuhalten. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat bereits [angekündigt](#), dass er dies zu einem Schwerpunkt machen will.

Die Zivilgesellschaft war und ist ein wichtiger Motor hinter dieser Entwicklung, mit Kampagnen in Finnland, Deutschland und anderen europäischen Staaten. Mehr als 100 zivilgesellschaftliche Organisationen und Netzwerke haben sich kürzlich einem [Aufruf](#) zur Einführung EU-weiter Sorgfaltspflichten angeschlossen.

Die Rolle von Unternehmen und Investoren

Die Unterstützung durch Unternehmen und Investoren ist ein wichtiges Signal von Seiten des Marktes, dass Gesetzgebung zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten sinnvoll und erwünscht ist. Unternehmen waren an mehreren HRDD-Kampagnen beteiligt, u.a. in Finnland und der Schweiz. Im Fall des niederländischen Gesetzes gegen Kinderarbeit hat eine Gruppe von Unternehmen, darunter große niederländische Unternehmen wie Heineken, ein [Unterstützungsschreiben](#) ans Parlament geschickt. [Immer mehr Unternehmen](#) wie Daimler, Mars und Nestlé schließen sich denen an, die Wert auf harmonisierte und verbindliche Standards legen, von staatlicher Seite festgelegt, um Erwartungen zu klären und Rechtssicherheit sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Eine vom Resource Centre veröffentlichte [Erklärung](#) zur Unterstützung verbindlicher Sorgfaltspflichten in Deutschland wurde von 42 deutschen Unternehmen unterzeichnet.

Gleichzeitig lehnen andere Unternehmen verbindliche Gesetzgebung zu dem Thema strikt ab. In der Schweiz wurde einer Gruppe von 19 Unternehmen [vorgeworfen](#), sich gegen einen parlamentarischen Vorschlag zu verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten eingesetzt zu haben. Dies veranlasste den Autor der UNGPs, John Ruggie, zu einem [Kommentar](#), in dem er klarstellte, dass solche Gesetze entgegen der Behauptung der Unternehmen mit den UNGPs vereinbar seien.

Zunehmend wird auch anerkannt, welche wichtige Rolle Investoren als Treiber und Hebel im Bereich der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht spielen können, indem sie von Unternehmen in ihrem Portfolio entsprechende Schritte verlangen. Koordiniert von der Investor Alliance for Human Rights hat eine beträchtliche Anzahl von Investoren kürzlich "[The Investor Case for Mandatory Human Rights Due Diligence](#)" veröffentlicht, mit dem



die Investoren Regierungen auffordern, Sorgfaltspflichtengesetze zu verabschieden und so dazu beizutragen, dass Risiken analysiert und Verstöße verhindert werden.

Verantwortung und Haftung

Es bleibt die Frage, wie über Gesetze zu verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten Unternehmen zur Rechenschaft gezogen und wirksame Abhilfe und Wiedergutmachung für Opfer von wirtschafts- und unternehmensbezogenen Verstößen gewährleistet werden könnten. Ohne strenge Rechenschaftspflicht bleiben Vorschriften zahnlos. Die European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) [argumentiert](#), ein Gesetz sollte zumindest eine zivilrechtliche Haftung von Unternehmen für Schäden, die von direkt oder indirekt kontrollierten Einheiten verursacht wurden, etablieren und geschädigten Personen die Möglichkeit geben, gegen die Muttergesellschaft zu klagen. Die bestehenden Gesetze/Entwürfe verfolgen [unterschiedliche Ansätze](#). Während das französische Sorgfaltspflichtengesetz und der Schweizer Vorschlag die verbindliche Sorgfaltspflicht mit (zivilrechtlicher) Unternehmenshaftung verknüpfen, stützt sich das niederländische Gesetz auf strafrechtliche Sanktionen einschließlich Bußgeldern und sogar Freiheitsstrafen, beinhaltet aber keine Vorkehrungen für Schadenersatz.

Der wirkliche Prüfstein für diese Mechanismen wird ihre praktische Wirksamkeit sein. Dies ist jetzt zuerst beim französischen Gesetz zu beobachten. Im Oktober 2019 brachten sechs ugandische und französische NGOs gegen [Total](#) die erste Klage im Rahmen der Regulierung auf den Weg, es geht um ein Ölfeld-Projekt, und zwei weitere Unternehmen, die [EDF Group](#) und [XPO Logistics](#), erhielten in diesem Herbst eine formale Aufforderung zur Einhaltung des Gesetzes.

Auf internationaler Ebene sieht der im Juli 2019 veröffentlichte [überarbeitete Entwurf](#) eines verbindlichen UN-Vertrags eine Verpflichtung für Staaten vor, verbindliche HRDD-Gesetze einzuführen (Artikel 5), sowie Bestimmungen über die rechtliche Haftung von Unternehmen, um sicherzustellen, dass Opfer wirtschafts- und unternehmensbezogener Menschenrechtsverstöße Zugang zu Abhilfe und Wiedergutmachung erlangen (Artikel 4).

Der Blick über Europa hinaus

Jetzt, da die unterschiedlichen Diskussionen in Europa an Dynamik gewinnen, ist die Teilhabe der betroffenen Gemeinschaften, Arbeiter*innen und Zivilgesellschaft aus dem globalen Süden von entscheidender Bedeutung. Ihre Stimmen machen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern noch stärker deutlich, wie notwendig wirksame Regulierung ist. Darüber hinaus initiieren Menschenrechtsorganisationen wie [Conectas](#) in Brasilien Diskussionen zu verbindlichen menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten auf nationaler Ebene, und der Nationale Aktionsplan (für Wirtschaft und Menschenrechte) Kenias enthält eine [Bestimmung](#), die die zuständigen Behörden ermutigt, verbindliche Sorgfaltspflichten in Betracht zu ziehen. Die Bewegung in Europa kann davon profitieren, wenn sie die Entwicklungen andernorts mit in den Blick nimmt – und umgekehrt.

Die Prozesse auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene sind von entscheidender Bedeutung, um das Leben der Menschen vor Ort ohne weitere Verzögerungen wirksam zu verbessern. Aller Voraussicht nach wird 2020 für die verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus ein bedeutsames Jahr.

Die neusten Expertenkommentare zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht finden Sie [hier](#).



Rechtliche Entwicklungen

Neue Gerichtsverfahren

[Klage gegen TÜV SÜD \(wegen Rolle bei tödlichem Dammbbruch in Brasilien\)](#): Am 15. Oktober 2019 reichten fünf brasilianische Betroffene, die durch den Einsturz des Brumadino-Staudamms enge Familienangehörige verloren hatten, und zwei NGOs eine Ordnungswidrigkeitenanzeige gegen TÜV SÜD ein, in der sie dem Unternehmen vorwarfen, zum Dammbbruch beigetragen zu haben. Im Januar 2019 war der Damm eines Rückhaltebeckens in Brumadino, Brasilien gebrochen und die Schlammmassen hatten mehr als 270 Menschen getötet und das Trinkwasser von Tausenden Menschen verseucht. Vier Monate vor dem Dammbbruch hatte die brasilianische Tochtergesellschaft des deutschen Prüfdienstleisters TÜV SÜD die Sicherheit des Damms trotz mehrerer nicht erfüllter Wartungsempfehlungen bestätigt.

[Klage gegen Lundin Petroleum \(wegen Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen, Sudan\)](#): Im Oktober 2018 beschuldigte ein schwedischer Staatsanwalt den Geschäftsführer und den Vorstandsvorsitzenden von Lundin Petroleum wegen ihrer Rolle bei Völkerrechtsverbrechen, die zwischen 1997 und 2003 im Sudan begangen worden waren, der Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen. Lundin Petroleum steht im Verdacht, die sudanesisch Armee und mehrere Milizen finanziert zu haben, um die lokale Bevölkerung aus Regionen zu vertreiben, in denen das Unternehmen Ölförderung plante. Die Zwangsvertreibung löste einen Bürgerkrieg aus, der zum Tod von Tausenden von Menschen führte. Im Oktober 2019 verschob die Staatsanwaltschaft den ersten Verhandlungstermin, da Razzien in Lundin-Geschäftsräumen neue Beweise erbracht hatten.

Neue Entwicklungen zu laufenden Gerichtsverfahren

[Klage gegen die Waffenindustrie \(wegen Sandy Hook Shooting in den USA\)](#): Im November 2019 lehnte der Oberste Gerichtshof der USA die vom Waffenhersteller Remington beantragte Anhörung des Falls ab. Diese Entscheidung ermöglicht es den Familien der Sandy Hook-Opfer, ihre Klage vor Gerichten in Connecticut fortzusetzen.

[Klage gegen Lafarge \(wegen Mittäterschaft bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Syrien\)](#): Im Oktober 2019 wies das französische Berufungsgericht den Antrag von zwei NGOs zurück, als Zivilpartien an diesem Fall beteiligt zu werden. Am 7. November 2019 wies das französische Berufungsgericht auch die gegen Lafarge gerichtete Anklage der Mittäterschaft bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen von Geschäften in Syrien zurück. Das Unternehmen sieht sich jedoch nach wie vor mit Anklagen über Terrorismusfinanzierung, die Gefährdung von Menschenleben und die Verletzung von Sanktionen konfrontiert.

[Klage gegen Shell \(wegen mutmaßlicher Mittäterschaft bei der Ermordung der Ogoni Nine\)](#): Am 8. Oktober 2019 wurde die Vernehmung von Zeugen in Den Haag wieder aufgenommen; es war das erste Mal, dass der Gerichtshof individuelle Berichte von Personen anhörte, die Shell beschuldigen, Bestechungsgelder für falsche Zeugenaussagen angeboten zu haben, die dazu führten, dass die Ogoni Nine in den 90er Jahren in Nigeria zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.



Weitere rechtliche Neuigkeiten

[6 NGOs file lawsuit against Total over alleged failure to respect French Duty of Vigilance law in its operations in Uganda](#)

[WhatsApp sues Israeli cyber surveillance company NSO Group, accusing it of hacking the phones of human rights activists & journalists](#)

[Malawi: Lawyers announce lawsuit demanding British American Tobacco compensate families working under poverty wages on tobacco fields](#)

[Taiwan Court dismisses Vietnamese farmers' lawsuit against Formosa Plastics over environmental damage](#)

Neuer Blog-Beitrag

[Will Lafarge be held accountable for alleged links to human rights abuses in Syria?](#), Claire Tixeire, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Dezember 2019

Neue Übersetzungen

Auf Deutsch

[Klage gegen TÜV SÜD \(wegen Rolle bei tödlichem Dambruch in Brasilien\)](#)

Auf Portugiesisch

[Processo da TÜV SÜD \(envolvimento noo rompimento da barragem de Brumadinho\) \[TÜV SÜD lawsuit \(re role in Brumadinho dam collapse\)\]](#)

Weitere Neuigkeiten

Aus dem Business & Human Rights Resource Centre

[Interview: The Investor Case for Mandatory Human Rights Due Diligence](#), 1. Dezember 2019

[Beyond compliance in the hotel sector](#), Walk Free initiative of Minderoo Foundation, in Partnerschaft mit dem Business & Human Rights Resource Centre, WikiRate und der Australian National University, 20. November 2019

- Laut Bericht erfüllen nur 25% der Hotelunternehmen die Minimalkriterien des UK Modern Slavery Act.

[KnowTheChain Investor Snapshot: Forced Labor in Forestry \(incl. Paper & Forest Products\)](#), 13. November 2019

- Nur 5% der Unternehmen legen Abhilfeprozesse für Arbeiter*innen offen, die nachweislich Opfer von Zwangsarbeit oder anderen Arbeitsrechtsverstößen geworden sind.

[WhatsApp sues NSO Group: is this what it takes to hold surveillance tech to account?](#), Ana Zbona & Phil Bloomer, via Open Global Rights, 1. November 2019



Berichte, Artikel & Orientierungshilfen von führenden Expert*innen & Organisationen

[Philippines Commission on Human Rights reveals at COP 25 world's most polluting companies can be sued for contributions to global warming](#), 10. Dezember 2019

[The Action4Justice Business & Human Rights Guide](#), Action4Justice, 29. November 2019

[IPIS Briefing: Guiding companies on their Human Rights duties](#), IPIS Research, 19. November 2019

[Corporate Human Rights Benchmark - 2019 results](#), 15. November 2019

- Bei der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht zeigen Unternehmen große Schwächen: Laut Bericht stand bei 50% der Unternehmen für alle Sorgfaltspflichten-Indikatoren der Wert null zu Buche.

[Italian Legislative Decree No. 231/01: A Model for Mandatory Human Rights Due Diligence Legislation?](#), FIDH & Human Rights International Corner, 13. November 2019

[Recommendations on the Protection of Those who Exercise Their Rights and Freedoms from Strategic Lawsuits Against Public Participations](#), Human Rights Lawyers Association, Oktober 2019

[Cancel Corporate Abuse](#), Earth Rights International, 8. Oktober 2019